



12.3374

Motion FDP-Liberale Fraktion.**Wählerwillen ernst nehmen.****Überparteiliche****Listenverbindungen abschaffen****Motion groupe libéral-radical.****Mettre fin aux apparentements de liste****interpartis afin de mieux respecter****la volonté de l'électeur**

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.09.13

Fluri Kurt (RL, SO): Wir beantragen Ihnen im Grundsatz dasselbe wie die Motion Frehner.

Wahlrechtsdiskussionen haben es im politischen Prozess insofern nicht einfach, als ähnlich wie in der Steuerpolitik der Effekt zu beobachten ist, dass die politischen Akteure Änderungsideen oft primär an ihren eigenen Präferenzen und Erfolgchancen messen, und so verhält es sich vermutlich auch bei den Parteien. Als das Proporzwahlverfahren vor bald hundert Jahren geschaffen wurde, sollten Listenverbindungen die Funktion haben, Stimmen für Parteien mit ähnlicher politischer Ausrichtung oder für Untergruppen von Parteien zu vereinigen. In letzter Zeit zeigt sich aber vermehrt die Tendenz, dass Parteien aus wahltaktischen Überlegungen und nicht wegen programmatischer Gemeinsamkeiten Listenverbindungen eingehen. Heute werden nämlich auch dank der Möglichkeit der Listenverbindungen so viele Listen eingereicht, dass sich die Stimmen zersplittern und viele Listen kein Mandat erhalten können; die für sie abgegebenen Stimmen werden somit nicht gewichtet. Je höher die Anzahl der unverwerteten Reststimmen ist, desto schlechter wird die Proportionalität des Wahlergebnisses. Durch die Möglichkeit der Listenverbindung werden diese Reststimmen

AB 2013 N 1476 / BO 2013 N 1476

sozusagen demokratisch verwertet. Es kann somit eine Verbesserung der Stimmkraftgleichheit und der Stimmkraftauswertung erzielt werden. Damit tragen Listenverbindungen zur besseren Repräsentation des Wahlvolkes im Parlament bei. So weit zu den Vorteilen.

Eine andere Frage ist es, was höher zu gewichten ist: entweder die Gewissheit der Wählerinnen und Wähler, dass ihre Stimmen nicht verlorengehen, oder aber die Möglichkeit, darauf Einfluss zu nehmen, wem ihre Stimme zur Wahl verhilft. Bekanntlich verbinden sich Parteien nicht immer zu politisch kohärenten Allianzen, sondern oft nur im Hinblick auf das Wahlergebnis. So schliessen sich heute Gruppen oft zu Verbindungen zusammen, obwohl sie in inhaltlichen Grundsatzfragen absolut gegensätzliche oder zumindest nicht parallele Werthaltungen vertreten. Wir bezeichnen sie als sogenannte "Roulette-Verbindungen", weil man nicht weiss, an welche Partei die einzelne Stimme geht. Die sich daraus ergebenden Konstellationen gewährleisten somit nicht mehr, dass der Wille der Wählenden im Resultat des Wahlgangs unverfälscht zum Ausdruck kommt. Deswegen ist es möglich, dass sich der Minderheitenschutz ins Gegenteil verkehrt, indem die grössere der listenverbundenen Parteien profitiert und die kleineren völlig leer ausgehen.

Kollege Roland Fischer, um die Frage vorwegzunehmen, die Sie vielleicht auch mir stellen werden: Auch mit einem anderen Wahlsystem kann nicht garantiert werden, dass die kleineren Parteien besser zum Zug kämen. Mit anderen Worten: Es kann nicht um eine Kompensation der Listenverbindungsmöglichkeit gehen, weil sich Listenverbindungen gar nicht immer zum Vorteil der kleinen Parteien auswirken.

Es gibt aber noch zwei weitere gewichtige Nachteile des Listenbindungssystems: Zunächst ist die Willkür der Wahlergebnisse zu nennen. Listenverbindungen führen oft dazu, dass eine Partei damit mehr Sitze gewinnt, als wenn sie allein zur Wahl angetreten wäre. Das ist dann problematisch, wenn einer der Partner der Listenverbindung gar kein eigenes Mandat gewinnt. Dann kommt nämlich dessen ganze Stimmkraft der Listenverbindung zugute, und damit geht es nicht mehr um eine blosser Reststimmenverwertung. So kann





es vorkommen, dass eine Partei dank einer Listenverbindung ohne eine einzige eigene Stimme ein Mandat gewinnt.

Ausserdem haben Listenverbindungen den entscheidenden Nachteil der mangelnden Transparenz. Für die Wählenden ist es oft nicht ersichtlich, wem genau ihre Stimmen zukommen. Es kann sein, dass die verbindungsinterne Liste ihrer eigenen Partei leer ausgeht und die Reststimmen auf eine andere verbindungsinterne Liste übertragen werden. Das ist der Transparenz des Wahlsystems abträglich.

Es gibt also die beiden gewichtigen Nachteile der Willkür der Wahlergebnisse und der mangelnden Transparenz. Insofern fragt sich die Wissenschaft ab und zu, ob Listenverbindungen überhaupt verfassungskonform sind. Diese Diskussion ist allerdings insofern obsolet, als wir gar keine Verfassungsgerichtsbarkeit kennen; aber es geht doch immerhin darum, gewichtige Nachteile auszumerzen.

Wenn der Bundesrat nun in seiner Stellungnahme schreibt, dass sich das geltende System grundsätzlich bewährt habe und dass die von uns vorgeschlagene Massnahme lediglich ein Symptom bekämpfe, nicht aber die Verzerrungen, die aus der unterschiedlichen Grösse der Kantone als Wahlkreise resultierten, so muss man sagen: Dass die Kantone gleichzeitig Wahlkreise sind, ist vermutlich ein so ehernes Prinzip unserer Verfassung und unseres politischen Systems, dass seine Abänderung kaum möglich ist. Also muss man nach anderen Möglichkeiten suchen, um die Nachteile der fehlenden Transparenz und der Willkür des Wahlergebnisses zu beseitigen. Dazu dient Ihnen die Annahme der Motion.

Ich bitte Sie, sich der FDP-Liberalen Fraktion anzuschliessen.

Maier Thomas (GL, ZH): Sie haben ja hehre Absichten, die ich absolut teile. Wir im Kanton Zürich haben diese Listenverbindungen abgeschafft und das Pukelsheim-System eingeführt. Interpretiere ich Ihre Ausführungen richtig, dass Sie einer Einführung des Pukelsheim-Wahlsystems auf nationaler Ebene zustimmen würden?

Fluri Kurt (RL, SO): Wie ich ausgeführt habe – wenigstens habe ich versucht, es darzulegen –, ist es ja nicht so, dass das System der Listenverbindungen immer zum Vorteil der kleinen Parteien gereicht. Es kann ohne Weiteres sein, dass sämtliche Stimmen einer kleinen Partei der grösseren Partei innerhalb der Listenpartnerschaft zugutekommen, und damit ist das Gegenteil erreicht. Mit anderen Worten ist das Pukelsheim-System nicht eine zwingende Antwort auf dieses problematische System. Die Frage der Einführung des Pukelsheim-Systems muss gesamtheitlich betrachtet werden und nicht nur unter dem Aspekt, den Sie jetzt genannt haben. Ich persönlich bin offen gegenüber einem Wahlsystemwechsel, aber wir haben auf Bundesebene bis heute noch nicht die Vor- und Nachteile in ihrem ganzen Spektrum ausgebreitet erhalten. Wenn das so weit ist, beteilige ich mich sehr gerne an dieser Diskussion, und auch meine Fraktion wird dies tun.

Fischer Roland (GL, LU): Sie wollen ja gemäss Ihrem Vorstoss Listenverbindungen zwischen der Mutterpartei und Jungparteien und Parteien mit älteren Mitgliedern nach wie vor zulassen. Führen denn diese Listenverbindungen nicht auch zu Verzerrungen und Willkür, einfach innerhalb dieser Verbindungen? Und finden Sie es alsdann gerechtfertigt, wenn man solche Willkür und solche zufälligen Ergebnisse, wie Sie sagen, in diesen Fällen zulässt, aber in anderen Fällen, in denen es die kleinen Parteien betrifft, dann wieder kritisiert?

Fluri Kurt (RL, SO): Ich gehe schon davon aus, dass die Seniorenlisten, die Jugendlisten, die Frauenlisten, die Gewerbelisten unter dem Hut einer Partei X mehr oder weniger das gleiche Gedankengut betreffen und nur dazu dienen, möglichst viele Anhänger dieses gemeinsamen Gedankengutes für den Abstimmungssonntag abzuholen. Das ist doch ein grundlegender Unterschied zur Verbindung mehrerer unterschiedlicher Parteien. Heute haben wir die Erscheinung, dass sich im Hinblick auf die Wahlen Parteien zusammentun, die aus ihrer Entstehung heraus, in ihrer Idee und Programmatik wenig miteinander zu tun haben, wenn sie denn überhaupt etwas miteinander zu tun haben.

Glättli Balthasar (G, ZH): Das könnte man erstens durchaus so annehmen, es ist allerdings nicht garantiert. Zweitens habe ich die Frage: Auch dort kann ja dann die Situation entstehen, wie sie jetzt am Beispiel Basel geschildert wurde, dass nämlich bei einer solchen Unterlistenverbindung am Schluss ein Sitz dorthin geht, wo die vorderste Person einer Unterliste weniger Stimmen gemacht hat als die vorderste Person auf einer anderen Unterliste, und dass die entsprechende Person dann wegen der Listenperformanz gewählt wird. Das ist doch auch stossend?

Fluri Kurt (RL, SO): Ja, aber Listenverbindungen haben nicht den Zweck, Personen zu wählen oder zu verhindern, sondern Listenverbindungen haben den Zweck, den Parteien, die involviert sind, zu Stimmen und Sitzen zu verhelfen. Es geht also bei Listenverbindungen nicht darum, die Person X zu fördern oder die Person Y zu verhindern, sondern das System beabsichtigt, die Stimmen zu sammeln, um möglichst viele gemeinsame



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2013 • Achte Sitzung • 18.09.13 • 08h00 • 12.3374
Conseil national • Session d'automne 2013 • Huitième séance • 18.09.13 • 08h00 • 12.3374



Sitze zu machen.

Präsidentin (Graf Maya, Präsidentin): Frau Bundeskanzlerin Casanova verzichtet auf ein Votum, da sie bereits zum vorhergehenden Vorstoss Stellung genommen hat.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 12.3374/9366)

Für Annahme der Motion ... 37 Stimmen

Dagegen ... 143 Stimmen

(11 Enthaltungen)

AB 2013 N 1477 / BO 2013 N 1477

